

Beilage. Die Zeitung erscheint täglich. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes; in Frankreich durch G. H. Magandre in Strassburg, und bei denselben in Paris, Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

in England durch Williams & Morgate in London, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden. Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Uebersicht.

Deutschland. * Frankfurt a. M. Nationalversammlung, die Anträge des Dreißiger-Ausschusses in Betreff der österreichischen Note. a Frankfurt a. M. Die Lage der Dinge. * Frankfurt a. M. Hr. v. Schmerling, Hr. Camphausen. Die Reichscommissare. — Die Abgeordneten der großdeutschen Partei. — Die Gerüchte über Truppenconcentration bei Kreuznach. * Dresden. Der König und die Verfassung. Die Ministerkrisis. Der Reichscommissar. * Dresden. Die Krisis. Die ungarischen Husaren. O Leipzig. Deputation der Behörden und der Universität an den König. □ München. Gerüchte. Nürnberg. Die Beurlaubten. Aufruf an das bairische Heer. Die Landwehr-offiziere. Neustadt a. d. H. Volksversammlung. Stuttgart. Der Landesausschuss. Ansprache des Ministeriums. Die II. Kammer. Darmstadt. Die Bürgergarde. Mainz. Volksversammlung. Homburg. Das Spiel. Hanau. Die Bürgerwehr. Volksversammlung. Hannover. Die Abgeordneten. Deputationen. Oldenburg. Die Synode. Schwerin. Die Stände. — Die Sachen in Schleswig-Holstein.

Preußen. 1 Berlin. Die Kammerauflösung. 2 Berlin. Die neuesten preussischen Noten. — Die H. H. Robbertus, Philippus und Biegler. Polizeiliche Ausweisung. Sprengkugeln. Die Stenographen. Gemeindeordnung. Die Landwehr. — Graf Arnim. * Aus der Provinz Preussen. Die politischen Verfolgungen. — Speicherbrand in Danzig. * Posen. Die Russen. * Köln. Die Truppen. Die Bürgerwehr. Köln. Bekanntmachung.

Oesterreich. Wien. Der Krieg in Ungarn. Manifest Kossuth's. Das russische Manifest. Das Ministerium Fischer. — Die Erzbischöfe. Bismarck. Breslau. Die Ungarn in Raab. — Die Position von Preburg. Der französische Gesandte. — Der Stand der Friedensunterhandlungen mit Mailand. Mailand. Schachbilletts.

Italien. Parma. Oesterreichisches Armeecorps. Turin. Proclamation wegen der Besetzung von Alessandria. — Graf Costa de Beauregard. Genua. Die Besetzung Civitavecchia durch französische Truppen. Livorno. Die Bedingungen der Unterwerfung. — Der Großherzog von Toscana. — Neapolitanische Truppen in die römischen Provinzen. — Die Unterwerfung von Sicilien.

Frankreich. Nationalversammlung. Beschwerden über Verhaftung von Mitgliedern. Piemont und Schleswig. Die Expedition nach Civitavecchia.

Großbritannien. Unterhaus. Die Zuschufarmensteuer. Graf Montemolin. Die Noth in Irland. Schiffbau für Deutschland.

† Leipzig, 3. Mai. Mit der gestern bekannt gewordenen preussischen Circularnote, an die unsere berliner Correspondenz heute anknüpft, ist der erste Versuch gemacht, unter Voranstellung fester, die Verhältnisse und Ansprüche der Gegenwart anerkennender Vorbedingungen und unter dem bestimmten Anerbieten preussischer Schutzes für die deutschen Regierungen eine selbständige Basis zu gewinnen und der nach dem Unbemessenen bereits hinüberschwankenden Bewegung entschieden entgegenzutreten. Wir werden zunächst abzuwarten haben, welchen Eindruck dieser Begleiter der jüngsten Depesche an den preussischen Bevollmächtigten Camphausen bei der frankfurter Versammlung machen wird, die bei Abgang der letzten Berichte nur die letztere kannte. Jedenfalls naht der entscheidende Augenblick in der Verfassungsangelegenheit und damit das Ende des an allen Kräften verderblich zehrenden und demoralisirenden Provisoriums. Durchgekämpft scheint jetzt der Uebergang in ein Definitivum nach dieser oder jener Seite werden zu müssen, und je eher die Halbheit der Zustände ein Ende nimmt, desto besser. Die Nationalversammlung scheint jedoch zögern und abwarten zu wollen, da sie alle heiklichen Fragen von ihrer Tagesordnung entfernt hat. Von der großdeutschen Partei wird gemeldet, daß sie endlich an ihre umfangreichere Organisation ernstlich gehen will. Aus Württemberg wird bereits eine, von über die Landes- und Reichsverfassung hinausgehenden Bestrebungen ernstlich abmahrende Ministerialproclamation mitgetheilt. Wie von Dresden geschrieben wird, hat der Reichscommissar v. Watzdorf seine Sendung selbst als beendet betrachtet und ist abgereist. Geheimrath Schinsky soll mit Bildung des neuen Cabinets beauftragt sein. Die dresdner Communalgarde will auf eigene Hand am 4. Mai austrücken und die in Frankfurt a. M. beschlossene Verfassung beschwören. Aus Berlin wird der Rücktritt des Ministers des Auswärtigen v. Arnim amtlich bestätigt. In Köln ist der ausgeschriebene Gemeindegewähltag von der Regierung untersagt worden. Auf dem Kriegsschauplatz im Norden stehen sich die heiderseitigen Truppen zwischen Kolding und Fredericia gegenüber. Ein berliner Blatt will wissen, der deutsche Oberbefehlshaber v. Prittwitz habe seine Entlassung verlangt. Was aus Wien über den Stand des Kriegs mit den Ungarn mitgetheilt wird, beschränkt sich auf Privatberichte und

Gerüchte, die durchgängig den Ungarn günstig lauten. Die Abreise der sardinischen Friedensunterhändler wird aus Wien und Turin gleichzeitig officiell gemeldet. Nach der Wiener Zeitung besteht die Differenz in dem Betrage der zu zahlenden Kriegsschädigung. In Turin wird das Bestehen auf der Besetzung von Alessandria durch österreichische Truppen mit vorangestellt, die man nicht durch längeres Verbleiben der Unterhändler als einen Act der Friedenspräliminarien habe sanctioniren wollen, und die Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Unterhandlungen erklärt. Die französischen Blätter haben zur Zeit nur Wünsche, daß Oesterreich seine Forderungen noch etwas ermäßigen werde. Zur Beendigung des Kriegs mit Dänemark rathen sie zu einer Collectivintervention der drei Garanten der dänischen Ansprüche.

Deutschland.

* Frankfurt a. M., 1. Mai. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung stellte der Abg. Heisterberg die Anfrage an den Reichskriegsminister: „ob derselbe davon Kenntniß habe, daß deutsche Reichstruppen, und zwar preussische, verwendet werden sollen, um das olmüzer Cabinet, welches die deutsch-österreichischen Provinzen dem deutschen Bundesstaate zu entfremden gewagt habe, in dem Kriege zu unterstützen, welchen dasselbe gegen das für seine Selbständigkeit fechtende heldenmüthige Magyarenvolk führe, und im Fall er davon Kenntniß erhalten, was er gethan, um über diesen verfassungswidrigen Schritt der preussischen Regierung vollständige Aufklärung zu erhalten und eine derartige Verwendung deutscher Waffen und deutschen Blutes zu hindern?“ Der Kriegsminister kündigte die Beantwortung dieser Interpellation auf „eine der nächsten Sitzungen“ an. Sodann kamen die unerledigt gebliebenen sieben Nummern der gestrigen Tagesordnung an die Reihe. Es sind dies Eingaben 1) von Webern und Spinnern, Vermehrung der Arbeit, besseres Arbeitslohn etc. betreffend; 2) Eingaben vermischten Inhalts; 3) Petitionen von Tuchmachern wegen Hebung ihres Gewerbes; 4) Weserstromschiffahrt betreffend; 5) Petition der Saalfeldkommune zu Kahla, Abgabenüberbürdung betreffend; 6) Eingabe der Mälzer- und Brauergilde in Niederschlesien, Hebung des Brauergewerbes betreffend; 7) Eingaben wegen gleichheitlicher Besteuerung beweglicher und unbeweglicher Güter. Die Ausschüsse hatten für die meisten dieser Eingaben die Verweisung an das Reichsministerium beantragt und bei Nr. 2 und 7 begutachtet, dieselben einfach zu den Acten zu legen. Diese Ausschussgutachten wurden ohne Discussion genehmigt. Es blieb nun auf der Tagesordnung nur noch die Berathung der Anträge des Dreißiger-Ausschusses über die jüngste österreichische Note und die Abberufung der österreichischen Abgeordneten. (Nr. 108.) Da aber der Berichterstatter Fröbel selbst, im Auftrage der Majorität des Ausschusses, einen Ausschub dieser Berathung auf mehrere Tage nachsuchte, so wurde dieser Gegenstand für jetzt bei Seite gesetzt. Als Grund seines Verlangens führte Abg. Fröbel „die im raschen Wechsel der Ereignisse sich ändernden Verhältnisse und den Wunsch, die Einigkeit in der Nationalversammlung aufrechtzuerhalten,“ an. Man versichert jedoch, daß hauptsächlich das Reichsministerium die Berathung und Beschlußfassung vermeiden zu sehen wünschte, und sogar eine Cabinetsfrage daraus machte. Nachdem somit die Tagesordnung erschöpft war, fragte Abg. Würth aus Sigmaringen den österreichischen Ausschuss, wie es mit dem Bericht über die Blum'sche Angelegenheit stehe. Die Antwort des Abg. Franke: daß der Ausschuss den jetzigen Zeitpunkt nicht geeignet für die Behandlung dieses Gegenstandes erachte, fand der Interpellant nicht genügend, indem der Ausschuss dadurch der Versammlung vorgreife; indessen blieb die Sache ohne weitere Folgen. Die Sitzung wurde demnach geschlossen, nachdem der Präsident die nächste auf übermorgen anberaumt und abermals nur „unschuldige“ Gegenstände (Eingaben über Postverhältnisse, Abschaffung der Feudallasten, Aufhebung der Branntweinebrennereien etc.) auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Indessen ist zu erwarten, daß Interpellationen und Anträge in Betreff des Vollzugs der Beschlüsse vom 26. April (wofür der Termin gerade am 3. Mai abläuft) wie über die sächsische Kammerauflösung erfolgen werden. In letzterer Beziehung wollen die sächsischen Abgeordneten aller Fractionen noch heute eine Zusammenkunft halten. Unter den anwesenden Mitgliedern der Linken bemerkte man auch den von Berlin zurückgekehrten Abg. Lemme. Als ausgetreten wurden heute die Abgg. Clemens aus Rheinpreußen und Rünzberg aus Ansbach angemeldet.

a Frankfurt a. M., 1. Mai. Die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen gehäuft, und es steht noch sehr dahin, welche Wirkung dieselben auf die Nationalversammlung ausüben werden. Erst die Nach-